

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Brönsstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verwaltung: Dr. Brönsstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinzelt 35 Pf. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 165.

Dresden, Sonnabend den 19. Juli 1913.

24. Jahrg.

Weiter Reichstagswahl in Weisheim wurde der Zentrumskandidat Emminger gewählt.

Der Bischof von Trier macht gegen die kirchlichen Gewerkschaften mobil.

Türkische Kavallerieabteilungen sind bis Adrianopel vorgebracht.

Nach Meldung aus Rulung wurden die Truppen des Gaden von der chinesischen Nordarmee geschlagen.

Selbstverwaltungskörperschaften — besondere Anstalten und andere Pflegeeinrichtungen für hilfsbedürftige Psychopathen zu errichten. In jedem Distrikt sollte ein von einem Medizinalbeamten geleitetes Komitee die Aufgabe haben, ein Verzeichnis aller in ihrem Bezirk befindlichen geistig Minderwertigen aufzustellen und alsdann zu prüfen, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Die Einweisung in eine Anstalt sollte aber nur auf Befehl des Gerichts nach Anhören von Sachverständigen erfolgen dürfen. Auch sonst wären Maßnahmen vorzusehen, um Uebergriffe und Willkür zu verhindern. Die Oberaufsicht und die Leitung des Ganzen sollte einem Aufsichtsamt übertragen werden, das an das Ministerium angegliedert ist.

Die Mehrheit der englischen Liberalen verwarf aber den Gesetzentwurf, auch einen zweiten abgeschwächten Entwurf, der gar nicht mehr zur Beratung kam, weil ihn die Regierung, als ausföhrlos, zuvor zurückzog. Die Opposition erklärte, der Entwurf verlege das Prinzip der Freiheit des Einzelnen. Es liege darin eine gewaltige Gefahr für das Volk, sich gezwungenemäß derartigen Beschneidungen, die noch dazu in der Hauptsache die ärmere Bevölkerungsklasse treffen, gefallen zu lassen. Die Bevölkerung sei blindlings den Händen von Spezialisten auf dem Gebiete der Psychiatrie preisgegeben, die zu bestimmen hätten, ob sie jemand der Freiheit berauben wollten oder nicht.

Der erste Versuch, das „Problem des fünften Standes“ im modernen Sinne — d. h. den modern wissenschaftlichen Forschungen entsprechend — zu lösen, ist mit der Verwerfung dieses Entwurfs gescheitert, der, wie die englischen Regierungsvertreter betonen, in der Hauptsache nur dazu dienen sollte, die Psychopathen, die weder in ein Gefängnis, noch in ein Armenhaus oder Irrenhaus, sondern in besondere Anstalten gehörten, zu schützen vor grausamer Behandlung und Vernachlässigung. Aus Mißtrauen gegen die Psychiater und die psychiatrische Wissenschaft lehnten die meisten Liberalen des englischen Unterhauses eine solche Regelung der sehr schwierigen Frage ab. Aber, da gar nicht mehr zu zweifeln ist, daß es sich bei den hier in Betracht kommenden Elementen um geistig kranke Personen handelt, die weder anhaltend arbeiten können, noch zu bewegen sind, sich freiwillig in eine Anstalt zu begeben, so wird kein anderer Weg übrig bleiben, um ihnen zu helfen, als sie ebenso zwangsweise einer Anstalt zuzuführen, wie die Geisteskranken und diejenigen, die mit einer ansteckenden Krankheit behaftet sind. Die „Freiheit“ dieser Armen besteht ja auch nur darin, daß sie hundertmal in Arbeitshäuser, Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt und dann immer wieder hilflos auf die Landstraße geworfen werden, bis sie eines Tages ihr jammervolles Leben in einem Straßengraben beschließen. Jedenfalls aber sollte die deutsche Regierung dem Beispiel der englischen Regierung folgen und wenigstens einmal ebenfalls eine Kommission einsetzen zur Untersuchung der Frage, wodurch mit der Lösung des Problems endlich einmal ein brauchbarer Anfang gemacht würde.

Die Türken vor Adrianopel.

Nach einem Telegramm des Wiener Korrespondenzbureaus ist die türkische Kavallerie vor Adrianopel angekommen und es liegt kein Grund vor, an der Richtigkeit dieser Nachricht zu zweifeln. Warum sollte sich die jungtürkische Regierung abhalten lassen, ihren Lobfeinden, den Bulgaren, wieder abzugeben suchen, was den von Feinden umzingelten abzugeben geht? Warum sollen sich die Jungtürken abhalten lassen, sich mit billigen Siegesparolen wieder in Volksgunst zu setzen? Die Mächte schimpfen, gewiß; die Mächte wollen die Linie Enos-Midia nicht überschreiten wissen. Aber die Ohnmacht und Uneinigkeit der Mächte vor den Problemen des Balkans ist den Balkanvölkern an den Ereignissen des letzten Jahres so oft kundgetan worden, daß jetzt auch die Pforte auf das Stimmröhrchen Europas pfeift und dem bulgarischen Lobfeinde wieder abnimmt, was sie kann. Und wenn Rußland der vordringenden osmanischen Armee noch so sehr mit dem Säbel abwinkt, wenn es noch so warnend mit Wegenmaßregeln in Armenien und im Schwarzen Meer droht, so wissen die Machthaber in Konstantinopel doch recht gut, daß Oesterreich sich einmischt, wenn Rußland aktiv werden sollte.

So wird denn die Situation Bulgariens immer düsterer, je länger sich der neue Krieg hin zieht. Die Antwort, die der König von Rumänien auf das Schreiben seines Kollegen Ferdinand gegeben hat, ist sehr kühl und ausweichend ausgefallen. Rumänien will erst den Abschluß des Waffenstillstandes vollzogen sehen, ehe es seinen alljährlichen bisher unblutigen Feldzug einstellen will. Da aber Serbien und Griechenland den Waffenstillstand nur unter Bedingungen mitmachen wollen, die die Bulgaren bisher noch nicht eingegangen ist, dürfte der Türkei jetzt gegeben werden, sich bis Adrianopel hinauf wieder festzusetzen, wenn es die Energie und das Geld zu einer kostvollen Aktion aufbringt.

Ueber die neue Situation der Türkei schreibt uns unser Konstantinopler Mitarbeiter:

So hat sich die Situation geändert. Das Bündnis der christlichen Balkanvölker, das erst eine Unmöglichkeit schien, dann aber, als es zustande kam, die Türkei in Trümmer schlug, ist nunmehr doch an dem Widerstreit des nationalen Chauvinismus, des konfessionellen Fanatismus, nebst seinem Priestertum und der Klienteninteressen der Handlöhner, die an der Spitze dieser Kleinstaatlein stehen, zugrunde gegangen. Der alte Zustand der gegenseitigen Unterminierung, der Intrigen und des Verrats ist wieder eingetreten, der der Türkei seit Jahrhunderten bekannt ist und seit Jahrhunderten zur Begründung der Herrschaft des türkischen Kriegervolkes, dann der türkischen Bürokratie diente.

Vordringlich leidet sich die Türkei gegen Bulgarien. Denn erstens ist Bulgarien ihr stärkster Gegner geworden, zweitens scheinen sich die Kriegsoperationen für Bulgarien ungünstig zu gestalten. Die Türkei verlangt von Bulgarien die Räumung der Rarmarasküste, den Verzicht auf eine Kriegsentwädigung, zugleich die Uebernahme eines entsprechenden Anteils der türkischen Staatsschuld. Die radikaleren Kreise in der Presse begnügen sich damit nicht und verlangen die sofortige Wiederaufnahme der Kriegsoperationen, um eventuell Adrianopel zurückzuerobern.

Der türkische Generalkommissar Iszab Pascha erklärt, wie das ja in diesem Augenblick nicht anders zu erwarten war, der Geist der Armee sei vorzüglich, sie sei vollkommen kriegsbereit. Es ist Tatsache, daß die Türkei viel zur Ausrüstung der Armee getan hat, daß sie es verstanden hat, sich neue Geschütze und Munition zu verschaffen. Wie der moralische Zustand der Truppen ist, das muß sich erst zeigen. Woran es aber unbedingt fehlt, das ist das Geld. Seit März ist das Gehalt der Beamten nicht gezahlt worden. Heute beginnt die Auszahlung der Gehälter für März, für April aber werden nur noch die kleineren Beträge gezahlt werden. Von der Anleihe, die die Stadt Konstantinopel in aller Eile bei der französischen Finanzgruppe Perier abgeschlossen hatte, wollte der Staat 190 555 türkische Pfund sofort an sich nehmen, und zwar als Rückzahlung der Schuld der Stadt an den Staatsschatz. Allein die Banken erhoben Schwierigkeiten bei der Einlösung der vom Bankhaus Perier ausgestellten Schecks. Es heißt nunmehr sogar, daß die ganze Anleihe in Frage gestellt ist.

Sollte es zu einem serbisch-griechisch-türkischen Bündnis kommen, so werden die Verbündeten vor allem dafür sorgen müssen, daß die Türkei Geld kriegt, — denn ohne dieses kann sie sich nicht bewegen.

Der türkische Vormarsch.

Petersburg, 18. Juli. Der Vormarsch der Türken auf Adrianopel beschäftigt eingehend die russische Regierung, welche im Verlauf der türkischen Bewegungen Christenmassaker bedauert. Die russische Diplomatie wird sich an die Mächte wenden, um die Wege zu beraten, die geeignet erscheinen, die Aktion der türkischen Truppen einzuschränken.

Russische Forderungen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 18. Juli. Der russische Votschafter überreichte der Pforte neuerdings eine energische Note seiner Regierung, in welcher kategorisch mitgeteilt wird, daß Rußland eine Ueberreichung der Linie Midia—Enos absolut nicht dulden werde und entschlossen sei, eventuell Zwangsmahregeln zu ergreifen, um die Einhaltung des Londoner Friedensvertrages zu erzwingen.

Einhalten des rumänischen und türkischen Vormarsches?

Sofia, 18. Juli. Nach hier eingetroffenen Meldungen haben die Rumänen Warna und Ruschuk wieder geräumt und das weitere Vordringen auf Wratza eingestellt. Wie weiter verlauffen, haben sich die Türken von Rulung Burgas wieder auf die Grenzlinie Midia—Enos zurückgezogen.

Ein rumänisch-bulgarischer Zusammenstoß.

Paris, 18. Juli. Die Liberté schreibt: Die rumänische Ostarmee, welche auf Sofia warfschirt, ist bei Kompanka mit der ersten bulgarischen Armee zusammengestoßen. Eine Schlacht ist im Gange.

Eine Note Rumäniens.

Bukarest, 18. Juli. Die rumänische Regierung hat die Mächte wissen lassen, daß sie nicht die Absicht hat, den Vormarsch auf Sofia zu unternehmen. Die rumänische Intervention habe nur den Zweck, Bulgarien zu veranlassen, sich mit seinen Gegnern zu einigen. Weiter hat die rumänische Regierung mitgeteilt, daß sie bereit sei, Vertreter nach Rulung oder jede andere Stadt zu entsenden, wo die Friedensvollmächttigen zusammenkommen sollen.

Das neue bulgarische Kabinett.

Sofia, 18. Juli. Das neue Kabinett ist gebildet. Radostowow übernimmt das Präsidium und Gheorghiow das Reichert.

Griechisch-bulgarische Räumte.

Kifiss, 18. Juli. Der Chef des Generalstabes telegraphierte dem Kriegsminister: Die Truppen auf unserem äußersten rechten Flügel setzen den Kampf gegen den Feind fort. Dieser wurde von neuem zum Rückzug gezwungen und in Richtung auf Retzopol verdrängt.

Das Problem des fünften Standes.

Den „fünften Stand“ nennt Peter Bonn, Gesellschafter des Asyl für Obdachlose in Köln, in einem kürzlich erschienenen Buche über „Das Problem des fünften Standes“ (Köln u. Verden, Rebeloer) jene Scharen von Armen, die sich aus Landstreichern, Bettlern, Verbrechern usw. zusammensetzen, die also das sogenannte Lumpenproletariat bilden, und die von der modernen Psychiatrie heute als geistig nicht normale Menschen, als Psychopathen, erkannt werden. Das größte Mitleid bringt Bonn mit vollem Rechte diesen sozial gelähmten Menschen entgegen. Im Asyl für Obdachlose hat er sie kennen gelernt: „Kein Stand, der nicht seine Vertreter in diesen Reihen aufzuweisen hätte. Hier liegen Arbeiter, Beamten, Buchhalter, Kassierer, Prokuristen, hier liegen Studenten, Oberlehrer, hier liegen Großkapitalisten und Großbauern, hier liegen Offiziere, Feldherren und Barone unter der schlichten Decke.“ „Du erdärmungslose Welt!“ ruft der die Menschenfreund, ein religiöser Mann, der Gesellschaft für „Komm und geh deine Straßenbagabunden, deine Einbrecher, deine Mörder! Sieh, wie sie friedlich schlafen. . . . Die Straßen sind besetzt von ihnen, du kannst ruhig schlafen. . . . aber morgen wird der Wind die friedlichen Schläfer als hungrige Wölfe wieder auseinander treiben. Sie werden wieder betteln, um Stellen bitten, denn sie wollen arbeiten. Und wenn ihnen dann wieder mit Achselzucken von Ueberfüllung gesprochen wird, wenn sie wieder von Türe zu Türe gewiesen worden sind, dann werden sie wieder hinausgetrieben als Schakale großstädtischer Straßen. . . .“

Das ist die beste der überliefereten Anschauungen, die in diesen Unglücklichen keine Faulenzer, sondern Arbeitslose erblickt, die durch ihr wirtschaftliches Elend immer tiefer gesunken sind. Dementsprechend sind auch die Vorschläge, die Bonn nun zum wiederholten Male macht: in jeder Stadt ein Arbeitshaus ohne Zwang zu errichten, in dem die Arbeitstüchtigen Beschäftigung erhalten und sich wieder ausfinden können.

Von allen Ecken und Enden kommen zurzeit Vorschläge zur Lösung des „Problems des fünften Standes“, denn diese Frage wird immer brennender. Während der Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch mit neuen und harten Strafen über diese Unglücklichen herfallen will, werden von mittelständlichen oder sozialempfindlichen Männern und Frauen Arbeitskolonien, Stellungen zur Ueberwachung des Moorbodens und dergleichen vorgeschlagen. Und der verstorbenen konservative Reichstagsabgeordnete v. Kaphaengst hat ja auch mit Hilfe anderer wohlhabender Leute den Versuch mit einer solchen Einrichtung begonnen. Ueber den wirklich Arbeitslosen noch den psychopathischen Bettlern, Landstreichern usw. kann mit solchen Arbeitshäusern und Arbeitsstätten geholfen werden. Eine soziale Hilfe für die Arbeitslosen, etwa eine Arbeitslosenversicherung, wird gerade dadurch unmöglich gemacht, wenn man das sogenannte Lumpenproletariat zu den Arbeitslosen rechnete. Denn alle Versuche, die Landstreicher durch eine Arbeitslosigkeit wieder sozial aufzurichten, sind bisher gescheitert und müßten scheitern, weil es sich um geistig kranke Menschen handelt, was hier schon mehrfach dargelegt worden ist.

Von den den Psychiatern empfohlenen Weg zu gehen, hat die englische Regierung versucht, sie fand aber nicht die Zustimmung des Parlaments. In England hatten die Psychiater eine ganz besonders gute Gelegenheit, das Wesen der sogenannten Arbeitslosen zu studieren und deren geistigen Defekt zu erkennen, weil dort das Armenwesen noch staatlich zentralisiert ist und die Unterstützungsbedürftigen in Armenhäuser untergebracht werden. Im Jahre 1904 setzte nun die englische Regierung eine Kommission ein zur Prüfung dieser Frage. Nach eingehendem Studium kam diese sachverständige Kommission zu dem Ergebnis, daß es in England ca. 150 000 Psychopathen gäbe, von denen ca. 66 000 pflegebedürftig seien. Auf ihrem Bericht beruht auch die „Mental Defect Bill“, die als private members Bill von einer Anzahl Parlamentarier im englischen Unterhaus eingebracht wurde und ein großzügiges System zur Unterbringung aller hilfsbedürftigen Psychopathen darstellte. Die Regierung hat soeben diesen privaten Entwurf in seinen wesentlichen Teilen zu dem ihrigen gemacht und dem Unterhaus einen Regierungsentwurf vorgelegt.

Die „Mental Defect Bill“ verpflichtete alle Provinzialverwaltungen: — das sind in England von: Volk gewählte